

Pressemitteilung
Flensburg, 04.02.2025

Angespannte Wohnungssituation in Flensburg

Angesichts steigender Mietpreise, die insbesondere einkommensschwache Gruppen wie Studierende belasten, sowie der zunehmenden Vereinsamung und des höheren Unterstützungsbedarfs im Alter sieht die SSW-Fraktion in Flensburg in Konzepten wie „Wohnen für Hilfe“ eine vielversprechende Lösung.

Das bundesweit erprobte Modell basiert auf einer Win-win-Situation: Menschen mit freiem Wohnraum stellen diesen gegen Unterstützung im Alltag zur Verfügung. Dies könnte auch in Flensburg ein innovativer Ansatz sein, um gleich mehrere soziale Herausforderungen zu adressieren. Vor diesem Hintergrund bittet die SSW-Fraktion die Stadtverwaltung um eine Einschätzung zur Umsetzbarkeit von „Wohnen für Hilfe“ in Flensburg. Sollte das Konzept als realisierbar eingestuft werden, sind folgende Fragen von besonderem Interesse:

- Welche möglichen Kooperationspartner, neben den Hochschulen und dem Seniorenbeirat, könnten beteiligt werden?
- Welche finanziellen und personellen Ressourcen wären für eine städtische Unterstützung erforderlich?
- Lässt sich das Modell langfristig auf „Wohnen für Bildung“ übertragen?
- Kann das Konzept über den universitären Rahmen hinaus auf weitere Zielgruppen wie Auszubildende oder Alleinerziehende sowie auf alle Bürger:innen mit freiem Wohnraum ausgeweitet werden?
- Warum wurde das 2011 gestartete Projekt „Flensburg jung & alt, die Wohnlotsen“ nicht weiterverfolgt?

„Es ist an der Zeit, kreative Wohnkonzepte ernsthaft in Betracht zu ziehen, um sozialen Herausforderungen in Flensburg wirksam zu begegnen. ‚Wohnen für Hilfe‘ könnte eine pragmatische Möglichkeit sein, Wohnraum besser zu nutzen und zugleich gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken“ so Beatrice Richter-Bethge, Mitglied des Sozialausschusses.

Die Forderung der SSW-Fraktion basiert auf der aktuellen Wohnungssituation in Flensburg, die insbesondere für vulnerable Gruppen angespannt ist. So zeigt die kürzlich veröffentlichte Zwischenbilanz der Flensburger Sozialstrategie, dass bereits Notlösungen wie die Anmietung zusätzlicher Wohnungen für das Frauenhaus notwendig waren. Zudem erschweren Immobilienknappheit und hohe Kosten den Neubau des Frauenhauses, während allein im Jahr 2022 mehr als 300 Schutzsuchende aufgrund fehlender Kapazitäten abgewiesen werden mussten.